

Krankenversicherung: Groupe Mutuel in der Kritik

Seit mehreren Jahren besteht mit **Groupe Mutuel** ein Vertrag zur Kollektivversicherung für die Krankenkasse. Dieser von der Föderation der Personalverbände der Staatsangestellten abgeschlossene Kollektivvertrag ermöglichte bisher um 10 bis 20 Prozent niedrigere Prämien für die Staatsangestellten. Auch konnten dadurch die Prämien nivelliert werden, um grössere Prämienunterschiede unter den Versicherten zu vermeiden. Nun hat aber Groupe Mutuel beschlossen, diesen Kollektivvertrag zu kündigen. Der FEDE wurde innert kürzester Frist ein neuer Vertrag unterbreitet (mit neuen Konditionen und nur einer Woche Bedenkzeit, ohne Verhandlungsspielraum).

Der neue Vertrag wird für die meisten Versicherten keine grossen Änderungen bewirken. Für etwa 90 Personen würde das neue System jedoch eine erhebliche Prämienhöhung bedeuten (vor allem Frauen zwischen 30 und 50 Jahren mit einer Klausel betreffend Spitalaufenthalt in privater oder halbprivater Abteilung). Zur Begründung der Änderung erklärt Groupe Mutuel, der bisherige Vertrag genüge den neuen Bestimmungen der FINMA (Eidgenössische Finanzmarktaufsicht, die auch die Verträge im Bereich Privatversicherungen überwacht) nicht. Gemäss Groupe Mutuel akzeptiert die FINMA die bishe-



rige Prämiennivellierung nicht mehr und verlangt eine risikogerechte Prämienberechnung nach Alter und Geschlecht der Versicherten.

Die Versicherten sind selbstverständlich frei, ihre Police individuell zu kündigen. Dennoch ist stossend, dass die FEDE vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Sie hat Groupe Mutuel mitgeteilt, dass sie dieses Vorgehen verwerflich findet, da die Bedenkfrist viel zu kurz war, Verhandlungen ausgeschlossen wurden und keinerlei Anhörung stattfinden konnte. Den nächsten Vertrag (nach Auslaufen des aktuellen Kollektivvertrags nach einem Jahr) wird die FEDE nicht unterzeichnen, wenn bis dahin keine bessere Lösung für jene Personen gefunden wird, die von erheblichen Änderungen betroffen sind. Aufgrund unserer Intervention wird Groupe Mutuel nun die 90 Betroffenen anschreiben und ihnen eine Lösung vorschlagen, um die Prämienhöhung abzufedern.